



Bern und Linz, 19/1/2005

Schattenwirtschaft: Ausmass, Gründe und Konsequenzen für die Finanzpolitik

Christoph A. Schaltegger und Friedrich Schneider

Das Ausmass der Schattenwirtschaft hat in den letzten Jahren in beinahe allen OECD-Staaten stark zugenommen. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Sie hängen einerseits mit der allgemeinen Ausdehnung der Staatsaktivität durch Steuern, Sozialversicherungsabgaben oder Regulierungen zusammen. Andererseits spielen auch Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt wie Arbeitszeitverkürzungen, Mindestlöhne oder Frühpensionierungen und ein genereller Wertewandel eine wichtige Rolle. Will man den Anstieg der Schattenwirtschaft erfolgreich bekämpfen, muss an den Ursachen angeknüpft werden. Höhere Strafen alleine genügen nicht, diese bekämpfen nur die Symptome der Schattenwirtschaft, sind kostspielig, aufwändig und können das Gegenteil dessen bewirken, was intendiert ist. Eine Vereinfachung des Steuer- und Transfersystems, eine allgemeine Begrenzung der Staatsaktivität sowie institutionelle Reformen zur verstärkten Bürgerbeteiligung bei finanzpolitischen Entscheiden des Staats sind erfolgsversprechende Strategien zur Eindämmung der Schattenwirtschaft.

Einleitung

Die Schattenwirtschaft ist ein Phänomen, das in den letzten Jahren ein steigendes Interesse in der Öffentlichkeit erfahren hat. Es liegt zwar in der Natur der Sache, dass Informationen zur Schattenwirtschaft schwer zu erhalten sind. Trotzdem deuten alle Indizien darauf hin, dass das Ausmass schattenwirtschaftlicher Tätigkeiten stark zugenommen hat. Verschiedene Gründe lassen es wichtig erscheinen, weshalb sich die Finanzpolitik mit diesem Thema beschäftigen sollte:

- Das Anwachsen der Schattenwirtschaft kann als eine steigende Unzufriedenheit der Bürger mit dem Staat interpretiert werden. Die Möglichkeit, politische Veränderungen über demokratische Einflussnahme zu erreichen, wird weniger wahrgenommen. Statt dessen wählen viele das Abtauchen in die inoffizielle Wirtschaft.
- Die Ausdehnung der Schattenwirtschaft untergräbt die Steuer- und Sozialversicherungsbasis. Damit steigt der Druck auf die Staatsausgaben und die Steuersätze.
- Eine prosperierende Schattenwirtschaft verzerrt die offiziellen Statistiken beispielsweise zu Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit, Volkseinkommen, Sozialprodukt oder Konsum. Das hat zur Folge, dass einerseits die Wahrnehmung politischer Herausforderungen verzerrt ist. Andererseits wird die Beurteilung staatlicher Programme zufällig.
- Die Effekte der Schattenwirtschaft auf die offizielle Wirtschaft sollten ebenfalls beachtet werden. Mindestens zwei Drittel des inoffiziell erwirtschafteten Einkommens wird wieder in der offiziellen Wirtschaft ausgegeben und erhöht damit das Sozialprodukt.

Messung der Schattenwirtschaft

Die Messung des Ausmasses schattenwirtschaftlicher Tätigkeiten ist nicht trivial. Schliesslich lassen sich direkte Informationen zur inoffiziellen Wirtschaft nur schwer und ungenau erheben. Zudem stellt sich bei der Messung der Schattenwirtschaft die Frage der Definition. Welche Aktivitäten gehören überhaupt zur Schattenwirtschaft, welche nicht?

Die folgenden Berechnungen gehen von der erwerbswirtschaftlichen Schattenwirtschaft aus. Es handelt sich dabei um nicht deklariertes Einkommen aus der Produktion legaler Arbeiten, Güter und Dienstleistungen – also ökonomischen Transaktionen, die grundsätzlich steuerbar wären. Solche legalen erwerbswirtschaftlichen Aktivitäten tragen zur Wertschöpfung eines Landes bei, werden aber im offiziellen Sozialprodukt nicht erfasst, da die Ausführung der Tätigkeiten illegal ist. Zur Ermittlung der Grösse der Schattenwirtschaft werden unterschiedliche Messmethoden verwendet. Zwei Gruppen von Messmethoden sollen hier kurz vorgestellt werden.

- Bei den *direkten Messverfahren* wird aufgrund von Umfragen oder Resultaten aus der Steuerprüfung der Umfang der Schattenwirtschaft geschätzt. Der Ansatz, den Umfang der Schattenwirtschaft über Steuerprüfungen zu schätzen, wurde von der US-amerikanischen Steuerbehörde Internal Revenue Service (IRS) mehrmals angewandt.
- Bei den *indirekten Messverfahren* wird versucht, den Umfang der Schattenwirtschaft indirekt über Indikatoren zu eruieren, die Rückschlüsse auf den Umfang der Schattenwirtschaft zulassen. Hierzu gibt es verschiedene Möglichkeiten: Erstens lässt sich das Bruttosozialprodukt in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung über die Einnahmen wie auch über die Ausgabenseite berechnen.

Tabelle 1: Die Grösse der Schattenwirtschaft in 21 OECD-Ländern

OECD-Länder	Die Grösse der Schattenwirtschaft (in % vom BIP (Durchschnitt)) unter Verwendung des Bargeldnachfrageansatzes							
	1989/90	1994/95	1997/98	1999/00	2001/02	2003	2004 ¹⁾	2005 ¹⁾
1. Australien	10.1	13.5	14.0	14.3	14.1	13.7	13.2	12.6
2. Belgien	19.3	21.5	22.5	22.2	22.0	21.4	20.7	20.1
3. Canada	12.8	14.8	16.2	16.0	15.8	15.3	15.1	14.3
4. Dänemark	10.8	17.8	18.3	18.0	17.9	17.4	17.1	16.5
5. Deutschland	11.8	13.5	14.9	16.0	16.3	17.4	16.2	15.6
6. Finnland	13.4	18.2	18.9	18.1	18.0	17.6	17.2	16.6
7. Frankreich	9.0	14.5	14.9	15.2	15.0	14.7	14.3	13.8
8. Griechenland	22.6	28.6	29.0	28.7	28.5	28.2	28.1	27.6
9. Grossbritannien	9.6	12.5	13.0	12.7	12.5	12.2	12.3	12.0
10. Irland	11.0	15.4	16.2	15.9	15.7	15.4	15.2	14.8
11. Italien	22.8	26.0	27.3	27.1	27.0	26.1	25.2	24.4
12. Japan	8.8	10.6	11.1	11.2	11.1	11.0	10.7	10.3
13. Niederlande	11.9	13.7	13.5	13.1	13.0	12.7	12.5	12.0
14. Neuseeland	9.2	11.3	11.9	12.8	12.6	12.3	12.2	11.7
15. Norwegen	14.8	18.2	19.6	19.1	19.0	18.6	18.2	17.6
16. Österreich	6.9	8.6	9.0	9.8	10.6	10.8	11.0	10.3
17. Portugal	15.9	22.1	23.1	22.7	22.5	22.2	21.7	21.2
18. Schweden	15.8	19.5	19.9	19.2	19.1	18.7	18.1	17.5
19. Schweiz	6.7	7.8	8.1	8.6	9.4	9.5	9.4	9.0
20. Spanien	16.1	22.4	23.1	22.7	22.5	22.2	21.9	21.3
21. USA	6.7	8.8	8.9	8.7	8.7	8.5	8.4	8.2
Durchschnitt über 21 OECD Länder	13.2	15.7	16.7	16.8	16.7	16.5	16.1	15.6

¹⁾ Vorläufige Werte.

Quelle: Schneider (2004a, S. 689) sowie Schneider (2005a), Werte für 2004 und 2005 eigene Berechnungen Prof. Dr. F. Schneider, Universität Linz, Linz.

Theoretisch müssen die beiden Berechnungswege zum gleichen Resultat gelangen. In der Praxis entsprechen sich die beiden Saldi allerdings nicht. Es entsteht eine Lücke. Diese Lücke kann als Indikator des Ausmasses der Schattenwirtschaft interpretiert werden.

Zweitens kann über den sogenannten Bargeldansatz auf den Umfang der Schattenwirtschaft geschlossen werden. Es wird angenommen, dass schattenwirtschaftliche Tätigkeiten vor allem mit Bargeld abgewickelt werden. Damit ist die Vertraulichkeit des Geschäfts besser gewährt, als über rückverfolgbare Zahlungsaufträge. Schätzt man die Bargeldnachfragefunktion, bleibt jeweils ein unerklärter Rest. Dieser Rest kann als Nachfrage nach Bargeld aus der Schattenwirtschaft interpretiert werden.

Ähnlich wird beim Ansatz des physischen Inputs vorgegangen. Um die gesamte ökonomische Aktivität einer Volkswirtschaft zu erfassen, eignet sich die Messung des Energieverbrauchs. Die Differenz zwischen dem Wachstum des offiziellen Sozialprodukts und dem Energiekonsum lässt auf die Entwicklung der Schattenwirtschaft schliessen.

Dieser Ansatz ist vor allem für Volkswirtschaften geeignet, deren Geldwirtschaft wenig ausgeprägt ist und damit viele Aktivitäten über Tauschgeschäfte getätigt werden.

Umfang der Schattenwirtschaft

Die folgenden Berechnungen basieren auf dem Bargeldansatz. Wie *Tabelle 1* zeigt, gibt es weltweit erstens sehr grosse Unterschiede. Die Spanne unter den aufgelisteten 21 OECD-Ländern reicht von knapp 9 % bis zu etwa 30 % Schattenwirtschaft gemessen am BIP. Zweitens wird bei der zeitlichen Entwicklung deutlich, dass das Ausmass der Schattenwirtschaft in den meisten Staaten deutlich angewachsen ist. Im OECD-Durchschnitt nahm allein in den letzten 14 Jahren der Anteil der Schattenwirtschaft am offiziellen BIP um mehr als 24 % zu.

An der Spitze liegen die südeuropäischen Länder mit ca. 25-28 %, gefolgt von den skandinavischen Staaten mit 17-19 % Schattenwirtschaft. Im Mittelfeld liegen Länder wie Deutschland oder Frankreich mit etwa 14-16 %, während die Schweiz und Österreich mit etwa 10 % vergleichsweise geringe Schattenwirtschaften aufweisen.

Tabelle 2: Die Grösse der Schattenwirtschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz über den Zeitraum 1975 bis 2003 – berechnet mit Hilfe des Bargeldansatzes¹⁾

Jahr	Grösse der Schattenwirtschaft (in % des „offiziellen“ BIP)					
	Deutschland		Österreich		Schweiz	
	in %	Mrd. €	in %	Mrd. €	in %	Mrd. SFr.
1975	5,75	29,6	2,04	0,9	3,20	12
1980	10,80	80,2	2,69	2,0	4,90	14
1985	11,20	102,3	3,92	3,9	4,60	17
1990	12,20	147,9	5,47	7,2	6,20	22
1995	13,90	241,1 ²⁾	7,32	12,4	6,89	25
1996	14,50	257,6 ²⁾	8,32	14,6	7,51	27
1997	15,00	274,7 ²⁾	8,93	16,0	8,04	29
1998	14,80	280,7 ²⁾	9,09	16,9	7,98	30
1999	15,51	301,8 ²⁾	9,56	18,2	8,34	32
2000	16,03	322,3 ²⁾	10,07	19,8	8,87	35
2001	16,02	329,8 ²⁾	10,52	21,1	9,28	37,5
2002	16,59	350,4 ²⁾	10,69	21,8	9,48	38,7
2003	17,40	370,0 ²⁾	10,86	22,5	9,52	39,4
(2004) ³⁾	16,40	356,1 ²⁾	11,00	23,1	9,43	39,5
(2005) ³⁾	15,64	346,2 ²⁾	10,30	22,0	9,00	38,7

1) Erläuterungen: Die Grösse der Schattenwirtschaft ist zwischen den drei Ländern nur bedingt vergleichbar, da die Bargeldnachfragefunktionen unterschiedlich spezifiziert werden und nicht die gleiche Anzahl von Ursachen für die Schwarzarbeit enthalten.

2) Ab dem Jahr 1995: Werte für Gesamtdeutschland.

3) Prognose bzw. Schätzwert, da die offiziellen Statistiken noch nicht vorliegen.

Quelle: Schneider (2004a, S. 688) sowie Schneider (2004b, 2005b), Werte für 2004 und 2005 eigene Berechnungen Prof. Dr. F. Schneider, Universität Linz, Linz.

Vergleicht man die Schattenwirtschaft in den deutschsprachigen Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz, dann zeigen sich ebenfalls interessante Entwicklungen (*Tabelle 2*). Während der letzten 30 Jahre hat sich das Ausmass der Schattenwirtschaft im deutschsprachigen Raum rasant ausgedehnt. Für Deutschland weisen die Berechnungen knapp eine reale Verdreifachung aus. Vergleicht man diesen Wert mit dem realen Wachstum des Sozialprodukts von etwa 62 %, dann wird deutlich, dass die Schattenwirtschaft um ein Vielfaches schneller wuchs als die offizielle Wirtschaft. Ähnliches gilt auch für die Schweiz: Während sich der Anteil des erwirtschafteten Sozialprodukts im Schatten verdreifachte, wuchs die offizielle Wirtschaft lediglich um etwa 38 %. Diese Entwicklung dokumentiert eindrücklich, dass sowohl die Bereitschaft als auch die Akzeptanz zur Schwarzarbeit stark gestiegen ist. Wie lässt sich diese Entwicklung der inoffiziellen Wirtschaft erklären?

Ursachen der Schattenwirtschaft

Gemäss Schneider (2001) sind die Ursachen der Schattenwirtschaft erstens im Zusammenhang mit der generellen Ausdehnung der Staatstätigkeit, zweitens im Zusammenhang mit Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und drittens im Zusammenhang mit einem generellen Wertewandel in der Gesellschaft zu sehen. Dabei können folgende acht Triebfedern isoliert werden.

- Die Belastung mit Steuer- und Sozialversicherungsabgaben verstärkt den Anreiz zur Abwanderung in die Schattenwirtschaft (Tanzi, 1999 oder

Schneider und Enste, 2000). In diesem Zusammenhang ist auch die Ausgestaltung der Sozialversicherungssysteme von Bedeutung. Bestehen Grenzsteuersätze von 100 % und mehr, suchen die Transferempfänger gezielt nach Arbeit im Schatten der offiziellen Wirtschaft, um die Transferberechtigung nicht zu verlieren.

- Staatliche Regulierungen und Vorschriften verursachen sowohl Kosten bei denjenigen, die diese einhalten müssen als auch bei denjenigen, die diese durchzusetzen haben. Um den Kosten der Regulierung zu entgehen, entsteht der Anreiz, in die unregulierte Schattenwirtschaft abzuwandern. Interessanterweise ist es gemäss Johnson, Kaufman und Zoido-Lobaton (1998a) vor allem die Durchsetzung der Regulierung, die den Umfang der Schattenwirtschaft erhöht und weniger die Regulierung selbst.
- Häufige Änderungen des geltenden Rechts oder der Rechtsdurchsetzung veranlassen die Wirtschaftssubjekte, in die Schattenwirtschaft abzuwandern, weil die Verlässlichkeit und Planbarkeit der politischen Rahmenbedingungen nicht gegeben ist. Ähnliches gilt auch für die Komplexität des Steuersystems. Schneider und Neck (1993) zeigen, dass komplexe Steuersysteme ein entscheidender Erklärungsfaktor für den Umfang der Schattenwirtschaft darstellen.
- Der Wertewandel einer Gesellschaft wird gelegentlich für die Zunahme der Schattenwirtschaft verantwortlich gemacht. Es geht hier um Aspekte wie

Steuermoral, Akzeptanz staatlicher Normen und ethisch-moralische Grundüberzeugungen zu schattenwirtschaftlichen Tätigkeiten (Torgler, 2004).

- Arbeitsmarktregulierungen wie Arbeitszeitreduktionen, frühzeitige Pensionierungen oder Mindestlöhne werden in diversen Studien als Triebfeder der Schattenwirtschaft erkannt. Je strikter die Arbeitsmarktregulierungen ausgestaltet sind, desto grösser der Anreiz, in die Schattenwirtschaft abzuwandern (Hunt, 1999).
- Das Angebot an öffentlichen Leistungen ist ein weiterer Faktor zur Erklärung des Umfangs der Schattenwirtschaft. Stellt aus Sicht der Bürger das öffentliche Angebot einschliesslich rechtlicher Regeln oder des Verhaltens der Behörden eine adäquate Gegenleistung des Staats für die dafür verlangten Steuern und Abgaben dar, ist die Loyalität der Bürger grösser und die Abwanderung in die Schattenwirtschaft geringer (Frey und Feld 2002 im Bereich der Steuerhinterziehung).
- Die Höhe des Einkommens übt ebenfalls einen signifikanten Einfluss auf dem Umfang der Schattenwirtschaft aus. Einerseits suchen jene Einkommen Arbeit im Schatten der offiziellen Wirtschaft, deren Steuerbelastung sehr hoch ist (dies gilt auch für den Zusatzverdienst durch den Zweitverdiener im Haushalt). Zweitens ist im Niedriglohnsegment der Anreiz zur Abwanderung in die Schattenwirtschaft gross (Schneider und Enste, 2000).

Letztlich ist auch ein Schneeballeffekt bei der Schattenwirtschaft zu beobachten. Im Wissen, dass die Nachbarn, Bekannten und Freunde in der Schattenwirtschaft tätig sind, sinkt die Hemmschwelle, ebenfalls in der inoffiziellen Wirtschaft tätig zu werden: es treten Nachahmungseffekte auf.

Folgerungen für die Finanzpolitik

Vor dem Hintergrund des Umfangs, der Ursachen und Wirkungen ist offensichtlich, dass die Schattenwirtschaft auch eine bedeutende finanzpolitische Herausforderung darstellt. Ob dabei die Schattenwirtschaft insgesamt als negativ oder positiv für die Wohlfahrt einer Volkswirtschaft einzustufen ist, hängt von der Interpretation ab. Sieht man die Schattenwirtschaft als sinnvollen Regelmechanismus, der den Druck auf die politischen Entscheidungsträger für dringend erforderliche Reformen erhöht, gelangt man eher zu einem positiven Urteil. Die Schattenwirtschaft kann dann als legitimer Ausweg der Wirtschaftssubjekte interpretiert werden, die sich vor der Ausbeutung durch einen konfiskatorischen Staat schützen. Sieht man hingegen die Schattenwirt-

schaft als illegalen und vor allem illegitimen Verstoß einzelner gegen die von der Gesellschaft beschlossenen Gesetze, dann gelangt man zu einem negativen Urteil.

Für beide Interpretationen gilt, dass eine erfolgsversprechende Strategie zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft durch den Staat an den Ursachen anknüpfen muss. Höhere Strafen alleine genügen nicht, diese bekämpfen nur die Symptome der Schattenwirtschaft, sind kostspielig, aufwändig und können das Gegenteil dessen bewirken, was intendiert ist.

Gemäss Johnson, Kaufman und Zoido-Lobatón (1998b) scheinen eine Verbreiterung der Steuerbasis, gekoppelt mit einer Absenkung der Steuersätze mittel- bis langfristig eine effektive Massnahme zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft zu sein. Die Komplexität des Steuersystems spielt dabei eine wichtige Rolle. Viele Ausnahmetatbestände und Abzugsmöglichkeiten, häufige und unstete Reformen untergraben die Verlässlichkeit des Steuersystems und begünstigen die Abwanderung in die Schattenwirtschaft. Die Vereinfachung der Steuergesetzgebung und die Begrenzung der Steuer- und Sozialversicherungsabgabenbelastung stellen damit wirksame Massnahmen zur Eindämmung der Schattenwirtschaft dar.

Stark progressiv ausgestaltete Steuertarife bieten einen hohen Anreiz zur Abwanderung in die Schattenwirtschaft. Die Ausgestaltung von Transferprogrammen, bei der die Sozialhilfeempfänger nach Erhöhung ihres Erwerbsumfanges die volle Transferberechtigung verlieren, ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Eine Möglichkeit, um die „Schattenwirtschaftsfalle“ zu beseitigen, besteht beispielsweise in sogenannten „welfare-to-work“-Programmen. Entscheidendes Merkmal dieser Programme ist, dass die Transferleistungen mit den Steuerzahlungen so koordiniert werden, dass immer ein Anreiz zur Ausdehnung der Erwerbstätigkeit besteht.

Schliesslich stellt sich für die Finanzpolitik die Frage der Legitimität ausgabenpolitischer Entscheide. Die starke Zunahme der Schattenwirtschaft ist ein Signal für die Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik. Die Gesetze, Vorschriften und ausgabenpolitischen Entscheide entsprechen offensichtlich oft nicht den Vorstellungen der Bürger. Um zu verhindern, dass die Abwanderung in die Schattenwirtschaft noch ausgeprägter statt findet, liegt es auf der Hand, die direktdemokratischen Mitsprachemöglichkeiten zu stärken. Je stärker vom Staat angebotene Leistungen den Vorstellungen der Bürger entsprechen, desto eher sind diese auch bereit, die Kosten dafür aufzubringen.

Literatur

- Frey, B.S. und L.P. Feld (2002), Deterrence and Morale in Taxation: An Empirical Analysis, CESifo-Working Paper No. 760.
- Hunt, J. (1999), Has Work-Sharing Worked in Germany? *Quarterly Journal of Economics* 89, 117-148.
- Johnson, S. D. Kaufmann and P. Zoido-Lobatón (1998a), Regulatory Discretion and the Unofficial Economy, *American Economic Review* 88, 387-392.

- Johnson, S. D. Kaufmann and P. Zoido-Lobaton (1998b), Corruption, Public Finances and the Unofficial Economy, World Bank Discussion Paper.
- Schneider, F. (2001), Arbeit im Schatten: Einige theoretische und empirische Überlegungen über die Schattenwirtschaft, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 2, 425-439.
- Schneider, F. (2005a), Shadow Economies Around the World: What do we Really Know?, erscheint in: *European Journal of Political Economy*.
- Schneider, F. (2005b), Erstmals rückläufige Entwicklung der Schattenwirtschaft („Pfusch“) in Österreich und in den Bundesländern: Ursachen sowie die Einstellung der Österreicher hierzu, Diskussionspapier Universität Linz.
- Schneider, F. (2004a), *Arbeit im Schatten - Wo Deutschlands Wirtschaft wirklich wächst*, Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Schneider, F. (2004b), Stellt das Anwachsen der Schattenwirtschaft ein Problem für die Wirtschafts- und Finanzpolitik dar? Einige vorläufige empirische Erkenntnisse, in C.A. Schaltegger und S.C. Schaltegger (Hrsg.), *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 685-699, Zürich vdf.
- Schneider, F. und D. H. Enste (2000), Shadow Economies: Size, Causes, and Consequences, *Journal of Economic Literature* 38, 77-110.
- Schneider, F. und R. Neck (1993), The Development of the Shadow Economy under Changing Tax Systems and Structures: Some Theoretical and Empirical Results for Austria, *Finanzarchiv* 50, 344-369.
- Tanzi, V. (1999), Uses and Abuses of Estimates of the Underground Economy, *Economic Journal* 109, 338-340.
- Torgler, B. (2004), Wirtschaftspolitische Erkenntnisse aus der Steuermoralforschung, in C.A. Schaltegger und S.C. Schaltegger (Hrsg.), *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 165-176, Zürich vdf.

Autorenbezeichnung:

CHRISTOPH A. SCHALTEGGER, geboren 1972, ist wirtschaftspolitischer Berater in der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen und Research Fellow von CREMA, Center for Research in Economics, Management and the Arts.

FRIEDRICH SCHNEIDER, geboren 1949, ist ordentlicher Universitäts-Professor und Vizerektor der Johannes-Kepler-Universität Linz, Ehrendoktor der Katholischen Universität Ricardo Palma in Lima und der Universität Stuttgart sowie Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik und Research Fellow von CREMA, Center for Research in Economics, Management and the Arts.

Dr. Christoph A. Schaltegger
Eidgenössische Steuerverwaltung
Eigerstrasse 65
CH-3003 Bern
Tel: ++41 31 322 73 89
Fax: ++41 31 324 92 50
Email: Christoph.Schaltegger@estv.admin.ch

O.Univ.-Prof. Dr. Friedrich Schneider
Institut für Volkswirtschaftslehre
Johannes Kepler Universität Linz
A-4040 Linz-Auhof
Tel.: ++43-70-2468-8210
Fax: ++43-70-2468-28210
E-mail: friedrich.schneider@jku.at
<http://www.econ.jku.at/Schneider/>

Die Arbeitspapiere und Notizen widerspiegeln nicht notwendigerweise die offiziellen Positionen des Amtes, des Departements oder des Bundesrats. Für die in den Arbeiten vertretenen Thesen und allfällige Irrtümer sind ausschliesslich die Autoren verantwortlich.